

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Telephon Nr. 451.

Telephon Nr. 451.

Nr. 43.

Montag, den 20. Februar 1899.

10 Jahrgang.

## Politische Uebersicht.

### Neubewaffung der Infanterie?

Die „Germania“ brachte kurz nacheinander zwei sensationelle Nachrichten. Die eine bezog sich darauf, daß zwei Arbeiter in der königlichen Gewehrfabrik zu Danzig für ihre Leistungen bei den „Borarbeiten für das neue Gewehrmobell“ ein kaiserliches Geschenk erhielten. Die andere lautete:

„Die Einführung eines neuen Infanteriegewehres steht in der That bevor. Sämtliche königliche Gewehrfabriken sind mit der Herstellung des neuen Modells so weit vorgeschritten, daß schon in der nächsten Zeit mit der Massenfabrikation begonnen werden kann. Wie wir hören, wird das neue Gewehr wiederum ein Mehrerlöser sein.“

In der Budgetkommission erklärte dem gegenüber Kriegsminister v. Toller, daß die Absicht nicht bestehe, ein neues Gewehr einzuführen. Doch Erklärungen von Ministern wiegen schwerer nicht mehr, als diese selbst, und die Letzteren sind in Deutschland so federleicht, daß sie unversehens weggeblasen werden können.

Bekanntlich wurde schon Ende 1897 die Frage der Einführung eines neuen Infanteriegewehrs in der Presse lebhaft erörtert. Es wurden selbst Nachrichten verbreitet, daß das neue Gewehr bereits eingeführt sei. Das wurde offiziös dementirt und der Vorfall so erklärt, daß bloß ein Umtausch der Gewehre M 88 stattgefunden habe. Später mußte jedoch zugegeben werden, daß das Gewehr, welches die Soldaten erhielten, mehrfache Aenderungen gegenüber M 88 aufzuweisen hatte. Nunmehr wird das im Gebrauch befindliche Modell auch offiziell „Gewehr 88/97“ genannt. Es ist anzunehmen, daß man unterdessen auch die eingetauschten Gewehre entsprechend geändert habe. Umsonst geschieht es was nicht. Die Operation wird also ein beträchtliches Stück Geld gekostet haben. Aber bewilligt ist zu diesem Zweck nichts worden. Zweifelhaft ist die etatsmäßig beschlossene Bestimmung der Militärwerkstätten ist, Gewehre in Massen total umzuändern, ist eine Frage für sich. Soll nun vielleicht dasselbe Spiel wiederholt werden? Keine „neuen Gewehre“, sondern eine vollständige Erneuerung der Gewehre? Die Militärbehörden haben stets gefüllte Kassen und scheinen Millionen ausgeben zu können, ohne davon Rechenschaft abzulegen. Man hat Geschütze gebaut, noch bevor sie bewilligt wurden, warum nicht auch Gewehre? Die Mittheilungen der „Germania“ bleiben doch in ihrem thatsächlichen Inhalt unwiderlegt, und was noch viel wichtiger ist, es spricht eine sehr große innere Wahrscheinlichkeit für ihre Richtigkeit.

Es ist Thatsache, daß Staaten, die sich mit der Ausrüstung ihrer Armee weniger hecht hatten als Deutschland, in der Lage waren, kleinere Kaliber mit größerer Anfangsgeschwindigkeit einzuführen. Und jeder Tag bringt weitere Neuerungen, wie das auf diesem Gebiet satfam bekannt ist. Die neueste Entwicklung geht von folgenden Momenten aus: Verbesserung des Stahls, Einführung neuer Pulverarten und Konstruktion einer automatischen Ladung.

Zu Punkt 1 gewinnt der sogenannte „Krupp'sche Spezialstahl“ eine besondere Bedeutung. Dieser Stahl, der sich für Gewehrläufe am meisten eignet, zeigt eine außerordentliche Widerstandsfähigkeit. Bei einem Vergleich mit englischem Stahl erster Qualität hat sich gezeigt, daß, währenddem die englischen Gewehrläufe bereits bei 13 g Ladung am Bodenende aufgebuchtet wurden, der Krupp'sche Spezialstahl selbst

bei 15,6 g Ladung noch keine Einwirkungen aufweist, und wenn man das Bodenende des Laufes etwas dicker macht, so verträgt er selbst 18,1 g ohne merkliche Schädigung; sogar eine Ladung von 32,4 g hat nur eine geringe Wirkung auf den Lauf auszuüben vermocht.

Pulverforten werden jetzt ohne Zahl erfunden und versucht. Die Selbstladung beruht grundsätzlich darauf, daß ein Theil der beim Schuß entwickelten Gaspannung zum selbstthätigen Deffnen, Auswerfen, Spannen, Laden und Schließen verwendet wird. Die Privatindustrie hat sich dieser Sache bemächtigt und konstruirt Pistolen, über die man zahllose Reklamen in den Zeitungen liest. Die Mauser-Pistole soll im mechanischen Schnellfeuer 120 Schuß in der Minute geben und gezielt 80 Schuß; die Vorwärt-Pistole gar 24 Schuß in 10 Sekunden, also 144 in der Minute. Das in der amerikanischen Marine eingeführte Lee-Gewehr, von dem schon viel die Rede war, giebt im mechanischen Schnellfeuer 100 Schuß in der Minute.

Wir werden noch Gelegenheit haben, auf diese Dinge mehr einzugehen. Jedenfalls ist klar, daß man allen Grund hat, die Mittheilungen über die Einführung eines neuen Gewehrs mit dem größten Ernst aufzunehmen. Dant den eigenartigen parlamentarischen Zuständen Deutschlands ist die erste Frage, die man sich vorlegen muß, die, ob nicht abermals in aller Stille große Summen ohne verfassungsmäßige Genehmigung des Parlaments verausgabt werden. Darüber muß Klarheit geschaffen werden.

Erst Artillerie, dann Marine, nunmehr Soldaten und abermals Artillerie, höchstwahrscheinlich auch Gewehre, und schon sieht es danach aus, als ob der ganze berühmte Marineplan umgekrempelt werden müßte. Es kommen in letzter Beziehung nämlich in Betracht das Maxim'sche Lufttorpedo und das Unterseeboot. Herr von Tirpitz hat es freilich geleugnet — vielleicht um so schlimmer für ihn. „Minister sind ja nur dazu da, um gemechelt zu werden“, soll Kaiserin Elisabeth von Oesterreich gesagt haben. Das Volk aber muß — zahlen, zahlen, zahlen!

### Dressener Zuchthauskurs.

Eine Dresdener Zeitung erklärt ausdrücklich, sie wisse, daß die mißlungene Rechtfertigungs-Veröffentlichung des Regierungsorgans „weber im Justizministerium noch von einem Justizbeamten“ verfaßt worden sei. Es hätte vielleicht einer solchen ausdrücklichen Erklärung nicht bedurft, denn man nahm schon zuvor nicht an, daß die Justizbehörde selbst das offiziöse Organ bedient, d. h. zweifelhaft Nachrichten in die Welt gesetzt habe. Andererseits ist es gut, daß das Nachwort des „Journal“ als völlig unverantwortlich gekennzeichnet ist, so daß selbst die Lobredner des Zuchthauskurses, für die jede amtliche Aeußerung ein Evangelium ist, sich anstandslos nicht mehr auf Selbiges berufen könnten — vorausgesetzt, daß sie entfernt etwas davon besäßen, was man Anstand nennt.

Zur höheren Ehre des Dresdener Zuchthauskurses soll übrigens allen den Blättern von der Staatsanwaltschaft ein Strafverfahren anhängen werden, welche sich in beleidigender Weise über das Urtheil geäußert haben.

Wir glauben kaum, daß die Staatsanwaltschaft den Wunsch haben kann, das Dresdener Urtheil durch die Deffentlichkeit der zahlreichen Gerichtshöfe zu schleppen, in deren Bereich das Urtheil von den Trägern der öffentlichen Meinung verurtheilt worden ist.

Versucht es aber die Staatsanwaltschaft dennoch, so würde sie erreichen, daß jenes tragische Ereigniß noch auf lange hinaus und in immer weiteren Kreisen des Volkes seine aufwühlende Wirkung vollbringt.

### Die „bettelnden“ Sozialdemokraten!

„Die ersten zehntausend Mark sind überschritten!“ schreibt die „Sächs. Arbeiterztg.“. „Dierzehn Tage erst sind seit Verkündung des Zuchthausurtheils verstrichen, und schon sind allein in Dresden über zehntausend Mark für die Opfer aufgebracht worden. Ueberall wurde gesammelt: so manches alte Mütterchen, das sich kaum auf den Beinen halten konnte, kam in unsere Expedition, um ihre zwanzig oder fünfzig Pfennige beizusteuern. Mit Thränen gab sie ihr Scherlein. Wer weiß: vielleicht dachte sie an den eigenen Sohn oder Enkel, den in der Aera des Zuchthauskurses nur allzu leicht ein ähnliches Geschick ereilen kann, wie jene unglücklichen Banarbeiter.“

Angesichts des furchtbaren Urtheils bethätigte sich die Solidarität des Proletariats in herrlicher Weise. Kein Klassenbewußter Arbeiter, der sich nicht mit getroffen fühlte durch jenen Streich, der neun blühende Menschenleben mit einem Schlag vernichtete. Die Arbeiter thaten ihre Pflicht und werden auch weiter ihre Pflicht zu thun wissen.“

Selbst ein bürgerliches Blatt, der Stuttgarter „Beobachter“, erläßt einen Aufruf zu Gunsten der Opfer des Zuchthausurtheils und kann in seiner letzten Nummer bereits über einen ganz ansehnlichen Betrag quittiren.

Die Aufforderung, zur Vinderung der Roth beizutragen, wird an alle edlen Menschenfreunde ohne Ansehung des Parteistandpunktes gerichtet und u. A. folgendermaßen begründet: „Der Urtheilspruch erscheint um so bedenklicher, wenn man die Mißde verlegt, mit der andere Gerichte gewisse Mordthaten und Körperverletzungen ahnden. Im Löbtauer Fall kam Niemand um's Leben, nur ein Revolverhieb erhielt eine derbe Lektion.“

### Ein Urtheil über das Dresdener Urtheil.

Die „Soziale Praxis“, das Organ des ehemaligen Ministers von Berlepsch, läßt sich wie folgt über das Urtheil aus: „Mit tiefer Erschütterung haben wir das Urtheil des Schwurgerichts in Dresden über die Urheber eines rohen Krawalls in Löbtau gelesen. Das ist furchtbar, herzzerreißend! Die That trunkenen Rohheit erforderte Sühne; die Angeklagten hatten sich schwer vergangen, sie mußten harter Strafe gewärtig sein, das erforderte die Gerechtigkeit. Aber diese Strafe überschreitet doch weit jedes zulässige Maß; sie könnte nicht schlimmer sein, wenn Jeder von den Verurtheilten ein im Jörn vernichtetes Menschenleben auf dem Gewissen hätte — ja wie oft wird ein Todtschlag milder bestraft! Man sagt, die Arbeiter, fast alle Familienväter, vorher meist unbefragt, seien die Verführten, die wahre Schuld trage die Sozialdemokratie mit ihren haßerfüllten Aufreizungen. Da die Verhandlung hinter geschlossener Thüre vor sich ging, wissen wir nicht, ob und welche thatsächlichen Momente in dieser Richtung erbracht worden sind, doch wird bestritten, daß sozialdemokratische oder gewerkschaftliche Motive bei dem Exzeß mitgespielt haben. Aber wir können es verstehen, daß umgekehrt in der Arbeiterwelt das Dresdener Urtheil die Ueberzeugung bestärkt, die

## Meister Timpe.

52

Sozialer Roman von Max Kreher.

(Nachdruck verboten.)

„Hörst Du nichts, Liebegott?“ fragte er leise. „Ich glaube man schrie um Hilfe — da drinnen bei Timpe. Sollte das am Ende ein Dieb sein, sollte wirklich mein Tag gekommen sein?“

„Beruhige Dich, Du wirst es nicht erleben, verlaß Dich darauf. Das sind die Gespenster Deiner Phantasie“, sagte Liebegott und setzte sich wieder den einen Fuß vor den anderen. Aber der Wächter hielt ihn zurück, denn in demselben Augenblick ertönte ein lauter Schrei im Hause, dem die Nase folgten: „Hilfe, Diebe!“

Mit wenigen Sätzen war Krusemeyer am Eingange. Aber bevor er die Klinke ergreifen konnte, wurde die Thür von innen geöffnet und eine dunkle Gestalt stürzte bei ihm vorüber und die Straße hinunter. Es war Franz, der die Modelle in der Tasche, keine Ahnung davon hatte, daß der Großvater in der guten Stube schlief, von der aus eine Thür zum Arbeitszimmer des Vaters führte. Ein Blick des Wächters hatte genügt, um in dem fliehenden den Sohn Meister Timpes zu erkennen. Er wollte ihn festhalten, ihm nachsehen, aber wie vom Schrecken gelähmt, stand er rath- und bewegungslos da. Das Einzige, was er zu ihm vermochte, war, daß er in seiner Verzweiflung zu Liebegott sagte:

„Wirklich ein Dieb, lauf' ihm nach, halt ihn fest!“ Und des Schutzmannes ungeschlachter Körper bewegte sich in möglichster Schnelligkeit nach der Richtung zu, die Franz genommen hatte. Jedoch konnte man mit ziemlicher Bestimmtheit bereits vorhersagen, daß Liebegotts Verfolgung trotz bestem Willen nicht von Erfolg gekrönt sein werde. In einiger Ent-

fernung ertönte noch die Nothpfeife des Schutzmannes; dann war auch die letzte Spur von ihm verschwunden.

Im Hause schallten die Hilferufe Gottfried Timpes, wenn auch schwächer, noch fort. Dazwischen wurde die Stimme des Meisters vernehmbar; und dann auch die Jammerrufe Frau Karolinnens, die jäh aus dem Schlafe erschreckt worden war und nicht wußte, worum es sich handelte. Als der Wächter laut an die Thür klopfte, öffnete ihm Johannes, der nur notdürftig bekleidet war.

„Haben Sie ihn? Wer war es?“ fragte er mit einer Stimme, bei der der Wächter erbehte.

Krusemeyer schüttelte mit dem Kopf. Ein paar Augenblicke überlegte er. Sollte er diesen Vater tödten, wenn er ihm den Namen seines Sohnes nannte — ihn, der Besten einen, dem die Ehrlichkeit das Haar gebleicht hatte? Eine Minute lang kämpfte es in seiner Brust, dann hatte das Mitleid gesiegt.

„Liebegott ist ihm nach; es war ein „verlumpeter Kerl“, sagte er dann und ahmete tief auf, als er die Worte hervorgehimmelt hatte.

Er möge schnell zum Arzt laufen, bat ihn der Meister. Der Großvater sei aus dem Bette gesprungen und liege drinnen auf der Diele. Krusemeyer entfernte sich eilig.

Als der Meister zurück ins Zimmer kam, erblickte er Frau Karoline damit beschäftigt, ihre ganze Kraft anzuwenden, um die magere Gestalt des Großvaters emporzurichten. Er lag vor der halbgeschlossenen Thür, die zur Modellstube führte. Seitdem der erste Diebstahl im Hause bekannt geworden war, hatte er keine Nacht ruhig schlafen können. Ueberall witterte er Diebe, und das leiseste Geräusch genügte schon, um ihn aus dem Schlafe zu schrecken und laut nach Johannes oder Karoline rufen zu lassen. So war es auch in dieser Nacht. Als im Nebenzimmer die Polymodelle, die an der anderen Seite der Wand hingen, wo sein Bett stand, gegen einander

klapperten, war sofort die alte Furcht über ihn gekommen. Er hatte sich ausgerichtet und gelächelt, dann mit der Kraft der Verzweiflung sich aus dem Bette erhoben und auf allen Vieren bis zur Thür geschleppt, als diese plötzlich geöffnet wurde und Lichtschimmer ihn blendete. Nun rief er um Hilfe. Seine Hände hatten die Kniee Franzens umspannt und dann dessen Hand ergriffen und befeht. Die Entdeckung, die sein Taktinn gemacht hatte, war für ihn eine grauenhafte. Noch einige Male stieß er seine Nase hervor, dann versagte ihm die Sprache.

Er bot einen jammervollen Anblick dar. Der Meister und sein Weib wollten ihn in sein Bett tragen, er aber wehrte ab, und so setzte man ihn auf einen Lehnstuhl und umhüllte ihn mit Decken. Johannes katete vor ihm und hielt die eine wulste Hand, während Karoline die andere erfaßt hatte. So saß er fünf Minuten lang da, ohne zu sprechen, aber kurz und schnell nach Athem ringend.

„Mein Vater“, sagte der Meister ein über das andere Mal, während Karolinnens Hand sanft über den kalten Schödel glitt.

Gottfried Timpe versuchte sich emporzurichten, der Mund öffnete sich halb und seine erschöpften Augen richteten sich starr auf einen Punkt. Er wollte sprechen. Johannes verstand ihn. Er beugte sich tief zu ihm herab. Mit Anstrengung deutete der Greis nach der Thür der Modellstube.

„Dein Sohn — ein Dieb — die Zuchtrathe —“, klappte er in abgebrochenen Lauten, aber deutlich vernehmbar für Johannes.

Dann fiel er wieder um; der Kopf neigte sich weit auf die Brust, und die Arme hingen schlaff herunter.

„Gott, er stirbt!“ schrie der Meister laut auf; und diesem Schrei folgten die Verzweiflungsworte: „Vater, Vater, was ist Dir?“

(Fortsetzung folgt.)

herrschenden Klassen hätten den Anlaß benutzt, ein Exemplar drakonischer Strenge zu statuiren. Thatsache ist, daß die Bewegung nicht nur in sozialdemokratischen, sondern in allen Arbeiterkreisen sehr tief geht. Sofort ist eine Agitation in Gang gebracht, um den Familien der Verurtheilten Unterstützung zu gewähren; die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat zu diesem Zweck einen Aufruf erlassen, der die erbitterte Stimmung deutlich zum Ausdruck bringt. Auch in der bürgerlichen Presse findet das Urtheil nur da Zustimmung, wo man überhaupt jede Gewaltmaßregel gegen Arbeiter billigt. Daß gerade in Sachsen die Gegensätze zwischen Bürgerthum und Arbeiterbewegung besonders scharf sind, ist bekannt; ein Urtheil, wie das über den Löbtauer Bantramoll zeigt die Gefahr einer Zerküftung eines Volkes in bedrohlichem Maße. — Nachträglich erhalten wir Kenntniß von einer offiziellen Darstellung des Prozesses im „Dresdener Journal“; wir haben indeß keine Veranlassung, an unserer Auffassung etwas zu ändern.“

**Zum Fleischschangesehenswurf** haben wir noch besonders hervor die Bestimmungen, welche sich auf die Einfuhr des Fleisches aus dem Auslande beziehen. Wie bereits bemerkt, unterliegt dieses Fleisch dem Untersuchungszwang und ist in der Einfuhr auf diejenigen Zölle und Steuern beschränkt, welche hierfür ausdrücklich bestimmt werden. Thatsächlich erhält der Bundesrath freie Hand, die Einfuhr von Würsten bezw. von Wachsenfleisch zuzulassen oder auszuschließen, und zwar geschieht dies durch nachfolgende Bestimmung: „Dem Bundesrath ist ferner die Ermächtigung ertheilt, Fleisch, dessen Unschädlichkeit für die menschliche Gesundheit in zuverlässiger Weise im Inlande sich nicht mehr feststellen läßt, von der Einfuhr auszuschließen und andererseits für Fleisch, welches erfahrungsgemäß vermöge der Art seiner Gewinnung und Zubereitung nicht gesundheitsgefährlich ist, Erleichterungen hinsichtlich der Untersuchung zu gewähren.“

Unseres Erachtens, schreibt die „Frei. Stg.“ treffend, ist die Fleischzufuhr aus dem Auslande so wichtig und notwendig, daß sie nicht in der vorgeschriebenen Art in das diskretionäre Ermessen des Bundesraths gestellt werden kann, sondern gesetzlich gesichert werden muß. Andererseits geht den Agrariern diese Bestimmung nicht weit genug. Die Agrarier erklären es für unannehmbar, daß dem Bundesrath durch die vorstehenden Bestimmungen in Bezug auf das amerikanische Wachsenfleisch völlig freie Hand gelassen werde.

**Obligatorische Gewerbegerichte.** In der siebenten Kommission des Reichstags zur Beratung der Anträge Trumborn wegen Erweiterung obligatorischer Schiedsgerichte gelangte am Freitag der Antrag zur Annahme, dem § 1 des Gesetzes vom 29. Juli 1890 als ersten Absatz folgende Vorschrift anzufügen: „In Gemeinden mit mehr als 20,000 Einwohnern muß die Errichtung eines Gewerbegerichts von der Landesratsbehörde auf Antrag beiderseitiger Arbeitgeber oder Arbeiter angeordnet werden.“ Geh. Rath Wilhelm erklärte, daß er über die Auffassung der verbündeten Regierungen zu dem Antrage eine Erklärung abzugeben nicht in der Lage sei. Eine solche Vorschrift wäre, obwohl sie noch nicht endgültig das obligatorische Schiedsgericht brächte, immerhin ein Schritt zum Besseren. Deshalb ist zu befürchten, daß sich die Reichsregierung ablehnend verhält.

**Wegen Wahlfälschung im Wahlkreise Schlawa-Bülow** war Anzeige bei der Staatsanwaltschaft eingelegt worden: Sieben fremdländische Wahlzettel seien in dem Dorfe Babelow gegen Karten dabei ungenutzt worden. Der Staatsanwalt aber hat nach dem „Ber. Cour.“ ein Gutachten abgegeben mit der folgenden Feststellung: „Bei der am 24. Juni 1893 stattgehabten Reichstags-Wahl im Wahlkreise Schlawa-Bülow-Kummelsburg ist in dem Wahlkreise Babelow als Ergebnis festgestellt: a) Unrechtmäßige Aufhebung der Wahlurnen (der hiesigen Wahl) hat erhalten 21 Stimmen, b) fälschliche Stimmzettel (der liberale Kandidat) hat erhalten 7 Stimmen. Demnach ist anzunehmen, daß die in dieser Strafsache genannten 14 Stimmen Stimmzettel gewählt haben; es fehlt aber an jedem Beweise dafür, daß jemand ein unrichtiges Ergebnis der Wahlhandlung vorzulegen beabsichtigt oder daß Ergebnis verändert hat. Es ist die Annahme gerechtfertigt, daß eine Anzahl von Wählern, welche mehrere Zettel in der Hand hatten, sich bei der Abgabe derselben geirrt und, während sie für Stimmzettel kamen wollten, dergestalt einen auf Karten lautenden Zettel abgegeben haben. Der erste Strafsatz.“

**Ausland.**

**Die Wahl des Präsidenten von Frankreich.**

Die Wahl des neuen Präsidenten der französischen Republik ist am Samstag wieder erwartet glatt und ohne jede Störung vor sich gegangen und hat den Sieg des von den linksstehenden Republikanern empfohlenen und von der Sozialisten aller Schattungen unterstützten Senatspräsidenten Loubet im ersten Wahlgange mit 483 gegen 279 Stimmen, die auf den Kandidaten v. Reizien und der Generalstabschef, Makne, fallen herbeigeführt. In der kurzen Spanne Zeit, die den Parteien blieb, fanden sehr erregte Auseinandersetzungen statt. Gegen Loubet wurden feindselige Kundgebungen veranstaltet. Die nationalliberalen Wähler gingen ihm auf das feindliche an. Sie nannten ihn „Abdicator panamaisch und dreifachschuldig“ und einmüthig eingehend an die Krone-Krone, dessen Verhöhnung von Loubet verhindert worden sei. Darüber ist Deutscherlandschaft im „Echo de Paris“ einen günstigen Artikel gegen Loubet wegen seines Behaltens in dem Panama-Frage. Jaurez jagt in der „Revue Republique“, die Nationalisten würden gegen alle politischen Verantwortlichkeiten der letzten Republik begründete Vorwürfe erheben können. Seine einzige habe ihre Pflicht ganz erfüllt; aber die Nationalisten verweigern, daß Makne zwei Jahre lang nichts gethan habe, um Krone festzusetzen, was Jaurez innerhalb vierzehn Tagen gelungen sei.

Die Nationalversammlung wurde Samstag Mittag um 1 Uhr in Versailles eröffnet. Loubet wurde bei seinem Erscheinen auf dem Balkon von 5—600 Generalen und Offizieren mit Kanonendonner, fünf Kanonenschüssen und dem Schreie: „Vive la République!“ begrüßt. Die Rede lief: „Vive!“ Es herrschte lebhaftes Be-

Der Führer der Nationalisten, Deroulede, brachte während der Wahlhandlung den notwendigen Stempel zu Wege. Als er zur Tribüne ging, um zu stimmen, entstand große Unruhe. Die Antisemiten, die Nationalisten und die Rechte applaudirten, die Anderen machten „Guhu“ und piffen. Deroulede wollte reden, wurde aber von Loubet daran verhindert. Deroulede diskutirte heftig gestikulirend mit Loubet, welcher der Nationalversammlung präsidirte. Es entstand darauf ungeheurer Lärm. Die Saalbediener entfernten schließlich Deroulede mit Gewalt. Nach Bekanntwerden des Wahlergebnisses fanden lärmende Kundgebungen statt. Nieder mit Loubet, nieder mit dem Panamisten! hörte man rufen und das Verlangen nach einer Verfassungsänderung wurde laut. Vor der „Vibre parole“ dauerten die Ansammlung und der Lärm trotz des rüchichtslosen Vorgehens der Polizei fort. Royalistische Kundgebungen fanden vor der Oper von gebungenen Hafenarbeitern und Lastträgern statt.

Als Präsident Loubet mit den Ministern den Bahnhof Saint Lazare verließ, wurde er von nationalistischen Gruppen mit verschiedenen Klufen empfangen. Diese Gruppen begaben sich dann nach der Statue der Jungfrau von Orleans in der Rue de Rivoli, wo Deroulede eine Rede hielt. Deroulede forderte seine Anhänger auf, mit ihren Kundgebungen bis zum Tage der Beisetzung Jaurez's zu warten. Der am Abend eintretende Regen machte dem Spektakel ein Ende.

Als Präsident Loubet im Ministerium des Auswärtigen war, überreichte ihm Ministerpräsident Dupuy die Demission des Kabinetts. Loubet bat Dupuy, im Amt zu bleiben. Der Ministerrath wird am Dienstag zusammentreten. Aus dem Elisee kehrte Loubet in seine Wohnung im Luxemburg-Palast zurück.

Emile Loubet (sprich: lube) ist am 31. Dezember 1838 zu Marianne (Departement Drôme, Südfrankreich) geboren, studierte Jurisprudenz und wurde Maire in Montélimar, woselbst er 1876 in die Deputirtenkammer gewählt wurde. Er trat der Fraktion der republikanischen Linken bei. 1885 wurde er in den Senat gewählt. 1887 übernahm Loubet das Ministerium der öffentlichen Arbeiten im Kabinet Tirard, das er bis zum Sturz dieses Kabinetts im April 1888 innehielt. Im Februar 1892 erhielt er vom Präsidenten Carnot den Auftrag, ein neues Kabinet an Stelle des über der Kirchenfrage gesunkenen Ministeriums Freycinet zu bilden. Bei den schweren Bergarbeiterwirren in Carmaux verhielt er sich verhältnismäßig unparteiisch gegen die Arbeiter. Am 29. November 1892 legte er die Ministerpräsidentenschaft nieder gegenständlich einer Kammerdebatte über den PanamaSkandal, blieb aber unter dem folgenden Kabinet Ribot Minister des Innern, von welchem Posten er am 10. Januar 1893 ebenfalls wegen der Panamafrage zurücktrat. Am 16. Januar 1896 wurde er ebenfalls zum Präsidenten des Senats gewählt, welches Amt er bis jetzt innehielt. Der Sieg Loubet's über Makne, das Haupt der französischen Schutzpolizei, ist jedenfalls zu begrüßen. Wie die Dinge in Frankreich liegen, ist es schon erfreulich, daß die Wahl eines von Militärs und Klrikalen gemachten Kandidaten verurteilt wurde. Zwar ist auch von Loubet nicht zu erwarten, daß er Kraftvoll gegen die Intrigue der Generalstabschef vorgehen wird. Jedenfalls aber dürfte er sich denselben weniger als sein Vorgänger genügt zeigen.

Gerichtlich bleibt auch die weitere Entwicklung eine friedliche. Loubet hat sich die Unterstützung der Arbeiter in höherem Grade durch seinen arbeiterfreundlichen Schiedspruch gelegentlich als großen Erfolg in Carmaux erworben.

Die Beisetzung Jaurez's soll am Donnerstag stattfinden.

Über die Krankheit Jaurez's berichten Pariser Blätter auf Grund ärztlicher Mittheilungen, daß der Verwundete bereits seit längerer Zeit an Arteriosklerose (Arterienverkalkung) leide. Bei dem von Makne behandelten und verurtheilten Landknecht waren zwei Arterienverkalkungen und Makne hat bei dieser Gelegenheit eine Arteriosklerose. Nach der Arterienverkalkung konnte nicht vollständig geheilt werden. Präsident Jaurez hatte leicht auf der linken Seite und bediente sich mit einer Stange.

Als Verdacht auf ein mögliches Selbstmord festgestellt worden. In der Pariser nationalistischen Presse wird der Verdacht ausgesprochen, daß Jaurez eine nicht natürliche Todesart erlitten. Dr. Sempeler Laclaux sprechen gerühmte von einem Selbstmord angeblich wegen angelegener Schuldigkeiten über die Wahlverhinderung. Jaurez war demnach im Grunde, daß die offizielle Pariser „Agence France“ am Donnerstag Nachmittag 4 Uhr, alle vor der Eröffnung Jaurez, in Zweifel zu werfen die Rede vom Makne verurtheilt.

Das andere Duelle ist Jaurez Selbstmord verurtheilt haben, weil nach „Sempeler“ über gewisse dunkle Seiten seiner Familienverhältnisse im Werke seien; insbesondere sei ihm von nationaler Seite gebracht worden, die Verurtheilung Jaurez's durch Makne mit dem Schme eines Makne, der seinen Reichthum durch Betrieb eines Bordells erworben habe, öffentlich zur Sprache zu bringen.

**Die orientalische Frage**

wird wieder lebendig. Die nachkommenden Schritte haben zahlreiche Bedenken gegen die Türkei und machen diese sehr lebhaft geltend. Sie rufen sich für langwierige Missionen. Die Türkei magt gegen sie die nachkommenden halbwilden Missionen mobil. Sempeler magt sich Kämpfe hinzu. Es wird mit Betreibung getrieben, daß die orientalische Mission in Kleinasien die jüngsten Unternehmungen der Albanesen und die Unterwerfung derselben durch die Türkei nicht ganz ohne Bedenken betreiben könne. Die Unterwerfung orientlicher Missionen durch die Türkei ist eine wesentliche Voraussetzung für die Unterwerfung der Albanesen zu einer dauernden Demonstration gegen die europäischen Mächte sei jedoch nicht nur schwierig, sondern unmöglich nicht möglich. Auch mögliche wichtige Schritte werden durch die Unterwerfung und von nationaler Seite verurtheilt, der rüchichtslose Schritt in Kleinasien ist dem-

trägt, die Aufmerksamkeit der Presse auf diese Lenten. —

**Zum Aufstand in Bolivia** wird aus La Paz gemeldet: Die chilenische Regierung erhielt ein Telegramm aus Antofagasta vom letzten Donnerstag, in welchem gemeldet wird, daß der Präsident von Bolivia, Anjelito, Spitze von Truppen auf dem Marsche gegen die bolivianische Revolutionäre sich befindet. Die Letzteren unter Kommando des Obersten Panbo verlassen La Paz, ein Gefecht in der Nähe von Oruro erwartet.

**Ueber sämtliche Philippineninseln** hat die Vereinigten Staaten die Rechtspflege einigen Staaten schleunigt auszudehnen beschlossen. Der Beschluß involvirt die Notwendigkeit eines Seefahrtsgesetzes, sobald die unterwegs befindlichen Kanonenboote vor Manila eintreffen. Die Kanonenboote sollen die bedrohten Städte anlaufen; sie werden wahrscheinlich von Kriegsschiffen mit Truppen an Bord begleitet werden. Die Boote werden landen, wo es sich als notwendig erweist, um die amerikanische Flagge hissen.

**Deutscher Reichstag.**

Sehr mit Recht hat es der Reichstag für gut gehalten, die Frage der Ausweisungen, trotzdem daß und gerade die Regierung Rede und Antwort verweigerte, rechtlich zu behandeln. Die besten Reden wurden heute von der linken Seite gehalten. Sowohl der Abgeordnete Leinweber als auch Herr Mundel brachten den wahrhaftig Standpunkt in ganz vortrefflicher Weise zum Ausdruck. Abg. Mundel kritisirte in seiner bekannten, kräftigen Weise den Triumphzug des Herrn v. Köller bei Jena und Trompetenklang und Herr Lenzmann rechnete die deutschen Chauvinisten über ihr Nationalgefühl ab. Lenzmann redete auch den Nationalliberalen ins Gewissen und erinnerte sie an ihre besseren Zeiten, wo sie auch noch einmal auf das Wort liberal einiges Gewicht legten. Antwort hierauf konnten sich die beiden nationalliberalen Redner, die Herren Dr. Sattler und Lehr, gar nicht erlauben. Uebrigens wurde die Frage der Unabhängigkeit des Reichstages von nahezu allen Mitgliedern des Hauses bejaht, nur die Konserverativen und Antisemiten machten eine unrühmliche Ausnahme. Fürst Herbert Bismarck so sehr das Lob der gegenwärtigen Regierung, daß er Glaube entwand, er werde über kurz oder lang wieder Bundesrathstisch erscheinen. Selbstverständlich erklärte Leinweber die Antipathie der deutschen Nationalität. Die Antipathie der Antipathie des Freiherrn v. Godebski war wenig wir auch seine Schwärmerie für weiland König von Hannover zu theilen vermögen. Ein kurzes, feines Schlußwort sprach noch Liebfucht: Es gibt ein deutsches Land, das eine, das alte Kulturland, das wir lieben, das andere, unser ostelbisches Junkerthum, Antipode jeder Kultur.

36. Sitzung. Sonnabend, 18. Februar 1899. 1. Sitzung. Zunächst steht zur Beratung ein schleuniger Antrag des Abg. Agter und Gen. (Soz.) wegen Einstellung des den Abg. Stadthagen bei dem Kgl. Landgericht Bielefeld wegen Verleumdung sämtlicher preussischer Landräthe u. s. w. schwebenden Strafverfahrens für die Dauer der Session.

Nach einer kurzen Begründung durch den Abgeordneten wird der Antrag auf den Vorschlag von Bassermann (natl. Ges.) Geschäftsordnungskommission überwiesen.

Es folgt die Fortsetzung der Besprechung der Interpretation des Abg. Johannsen über die Ausweisungen von Nordfriesland.

Abg. Lenzmann (fr. Volksp.): Es ist keine Frage, daß Angelegenheit vor den Reichstag gehört, denn es handelt sich um die Ehre und Wohlfahrt des Deutschen Reiches. Die Beratung der Ausweisungen im Abgeordnetenhause genügt keineswegs. Dort tritt Herr Sattler mit Herrn Richter ab und Nationalgefühl. Hier im Reichstag verbitten wir uns eine solche Verunglimpfung.

Präsident Graf Ballestrem: Ich darf doch annehmen, daß Herr Abg. Lenzmann nicht Mitglied dieses Hauses der Verunglimpfung seiner Partei beschuldigt hat.

Abg. Lenzmann (fortfahrend): Ich bestätige dem Präsidenten die richtige Auffassung meiner Worte. (Große Zeit.) Zur Sache selbst will ich bemerken: Wenn wirklich bei den Dänen der Glaube vorhanden sein sollte, daß Schleswig-Dänemark zurückgewonnen werden könnte, so ist das ein so richtiger Wunsch, daß dagegen die Anwendung von Gewalt gar keiner Weise rechtfertigt. Wenn die Selbstbestimmung der Agitatoren aber nur auf die Erhaltung der Sprache und nationalen Lebens gerichtet ist, so ist das ein Bestreben, das hochhalten sollten, gerade so, wie wir unsere deutschen Bräder in russischen Ostprovinzen, die Sachsen in Siebenbürgen alle mögliche Weise unterstützen. (Sehr richtig!)

Wie kommt der Oberpräsident von Schleswig-Holstein doch lediglich Verwaltungsbeamter ist, dazu, für preussische Interessen eine ganz neue Strafe zu erfinden? Das ist Willkür über Willkür. Ich weiß nichts von Annulirungen der Beschlüsse bei deutschen Fabrikanten unter direktem Hinweis auf die Schlesischen Ausweisungen. Es ist ferner behauptet worden, daß die Dänen ein kulturüberdrüssiges Moment in die schlesische Wirtschaft hineinbringen. Wir haben alle Ursache, diesen durch große Polizeiverordnungen nicht zu hören.

Auf Grund einer Verordnung von 1865 ist das Singen in Kirchen verboten worden. Man hat die Hochzeit eines Bürgers in den Kirchen, vollständig bewachen lassen, weil die Gefahr war, daß man dänische Lieder singen würde! Ich möchte doch wissen, was Herr von der Rede oder sonst einer der Herren dazu würde, wenn bei ihren Privatgesellschaften immer ein Schutz ausgedehnt sein sollte! Bei jener Hochzeit wurde ein dänisches Gefangen, und der Hochzeiter und einige Gäste wurden zu Gefangen verurtheilt. (Hört, hört!) Wenn das nicht die Wahrheit ist, dann weiß ich als Jurist überhaupt nicht, was Unrecht ist.

Man meinen erwidern haben aber, und darin muß ich mich vollkommen Recht geben, die Sprachverordnungen nicht. — Man hat sich einverstanden, den Eltern bei der Erziehung ihrer Kinder das Erziehungsrecht zu nehmen. Es heißt das schmerz, wenn ein Amtsvater über die Erziehung der Kinder entscheiden würde? Sie möchten am liebsten dem sozialdemokratischen Vätern verbieten, Kinder zu erziehen; aber das können Sie nicht. Die Sozialdemokratie zu hart ist. Gegenwärtig glauben Sie aber, sich des erzieherischen Ansehens zu berauben. Das ist eine Grausamkeit ohne Gleiche. Es ist aber sogar vorgekommen, daß man einer Mutter das Erziehung ihrer ganz kleinen Kinder, die noch gar nicht unter-

Wurden, zu erleben, weil die Möglichkeit vorlag, daß sie später... (Vertical text on the far left edge of the page)

wurden, zu erleben, weil die Möglichkeit vorlag, daß sie später... (Main text column on the left side of the page)

die Maßnahmen des Herrn von Köller als ungesetzlich, ich möchte... (Main text column on the right side of the page)

Die Arbeiter der Münchener Kalkverwertungs-Anstalt... (Main text column on the far right side of the page)

... (Horizontal text at the bottom of the page, possibly a continuation or summary)

